

# Wege zur Integration

**DISKUSSION** Migranten und Politiker im Gespräch

Von  
Andreas Riechert

**MAINZ.** Nach seiner Anfang Mai dieses Jahres erfolgten Gründung hatte das Netzwerk Mainzer Migranten-Organisationen (MO) nun Vertreter aller Stadtratsfraktionen zu einer lebhaft geführten Podiumsdiskussion geladen, um sich über die Positionen der Parteien zum Thema Migrationspolitik in Mainz sowie über die Arbeitsschwerpunkte und Forderungen der MO auszutauschen.

„Das Erlernen der Sprache ist das Bindeglied, um mit anderen Menschen in Kommunikation zu treten. Erst wenn ein Mensch sich äußern kann, ist er auch integrierbar“, unterstrich Eva Ridder (FDP). Für Kai Hofmann (SPD) ist Integration indes eine Aufgabe, der sich die Kommune stellen und die für alle zufriedenstellend beantwortet werden müsse. „Es geht um Gemeinsamkeiten, der Austausch muss da sein“, befand der Sozialdemokrat. Stadträtin Claudia Siebner von der CDU verwies darauf, dass Integrationspolitik kein Selbstläufer sei: „Wir müssen noch sehr viel tun, aber der Weg ist ein Stück weit geebnet.“ Während Astrid Becker (Grüne) für das gemeinsame

Erarbeiten eines richtungsweisenden Konzepts plädierte und den Beirat für Migration mit in die Verantwortung nehmen will, sieht Walter Konrad (ÖDP) für die Zukunft dringenden Handlungsbedarf: „Das bestehende Mainzer Integrationskonzept ist in die Jahre gekommen und braucht eine Auffrischung.“

Stadtratsmitglied Dieter Hofem (Die Linke) erklärte, dass Religionsfreiheit als staatliche Richtlinie eine Selbstverständlichkeit sein müsse: „Wir bilden eine Gemeinschaft und sind letztlich auch alle Ausländer.“

Nach Vorstellung der aus Sicht der Migranten nicht immer befriedigenden Ergebnisse der drei MO-Arbeitsgruppen „Integration“, „Vereinsräume“ und „Vereinsfinanzen“ forderten die Netzwerk-Vertreter die Fraktionen mit Nachdruck auf, in ihrem Interesse initiativ zu werden. So ist den Migranten die „interkulturelle Öffnung“ der Stadtverwaltung ebenso ein Anliegen, wie auch der Wunsch nach mehr Räumlichkeiten für die Vereine und nach einer größeren Transparenz bezüglich der Vergabe der städtischen Mittel an die Migranten-Organisationen von Bedeutung ist.